

Absender:

**Faktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt**

20-13674

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Berücksichtigung von Genderaspekten bei der Aufstellung des
Mobilitätsentwicklungsplans**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.06.2020

Beratungsfolge:

Planungs- und Umweltausschuss (zur Beantwortung)

Status

01.07.2020

Ö

Sachverhalt:

Studien zum Verkehrsverhalten belegen eine geschlechtsspezifisch unterschiedliche Nutzung der verschiedenen Verkehrsmittel. So nutzen Frauen deutlich stärker als Männer den ÖPNV; sie fahren außerdem häufiger mit dem Fahrrad und gehen öfter zu Fuß. Unterschiede gibt es auch bei den Zwecken der zurückgelegten Wege. Deutlich häufiger legen Frauen z.B. Wege zurück, die im Zusammenhang mit privaten Erledigungen stehen. Männer hingegen geben vermehrt berufliche Gründe als Wegezweck an. Dies sind nur zwei von mehreren Aspekten, bei denen es Unterschiede zwischen den Geschlechtern beim Verkehrsverhalten gibt.

Eine Verkehrsplanung, die diese Unterschiede in den Blick nimmt und daraus Konsequenzen für ganz konkrete Planungen ableitet, bietet aus unserer Sicht viele Vorteile. Zum einen lassen sich Ressourcen im Sinne des Gender Mainstreaming gerechter einsetzen. Verkehrsplanung, die sich an geschlechtsspezifischem Verhalten orientiert, kann zum anderen dazu führen, dass passgenauer geplant und gebaut werden kann.

Aus unserer Sicht sollten Fragen der Geschlechtergerechtigkeit durchaus bei allen stadtplanerischen Gesichtspunkten berücksichtigt werden. Insbesondere gilt dies bei der Erstellung des Mobilitätsentwicklungsplans, die verwaltungsintern gerade vorbereitet wird.

Dazu bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Inwieweit fließen die hier beschriebenen Unterschiede zwischen Frauen und Männern in Bezug auf Verkehrsmittelwahl und Wegezweck schon jetzt in die Überlegungen zum Mobilitätsentwicklungsplan ein?
2. Welche Strategien verfolgt die Verwaltung, um die Erarbeitung des Mobilitätsentwicklungsplans möglichst geschlechtergerecht durchzuführen?
3. Wie will die Verwaltung sicherstellen, dass insbesondere bei den geplanten Aktionen zur Bürger*innenbeteiligung geschlechtsspezifische Aspekte von Mobilität thematisiert werden?

Anlagen: keine